Ausfüllhinweise

Die Geschäftsangaben des Bieters sind entsprechend einzutragen.

Das Teilnahmeantrag ist mit der Anschrift des Bieters zu versehen und (digital) unterzeichnet gemeinsam mit den im Folgenden benannten Unterlagen einzureichen.

Ein Teilnahmeantrag, der nicht vollständig ausgefüllt ist, bei dem die beizubringenden Unterlagen fehlen oder der nicht unterzeichnet ist, gilt als nicht abgegeben und wird von der Wertung ausgeschlossen.

Teilnahmeantrag

Teilnahmeantrag für: E41S / 2026-13 Residualstrom PV Lingen

Leistungszeitraum: 01.01.2028 bis 31.12.2030

1. Projektbeschreibung

Der Norddeutscher Rundfunk beabsichtigt, einen Auftrag über die Lieferung des Strombedarfs der Liegenschaften in Lingen und Hannover für den Zeitraum vom 01.01.2028 bis 31.12.2030 zu vergeben.

Die über einen Direktvermarkter in den Bilanzkreis des Bieters zugebuchten Überschussmengen der PV-Anlage am Standort Lingen (2.336 kWp) können den übrigen Standorten zugeordnet werden, alle Residualmengen sollen gemäß obiger Bepreisung über den Spotmarkt verrechnet werden (vgl. hierzu: Preisangebot und Stromliefervertrag § 5)

Die Ermittlung des Arbeitspreises für die Residualmengenlieferung erfolgt per Spotmarktabrechnung. Hierzu ist die tatsächlich bezogene Menge mit den ¼ Stundenpreisen des EPEX Spot Day-Ahead für das Marktgebiet DE-LU abzurechnen.

Ausgeschrieben werden die folgenden Leistungsbestandteile:

1. Residualmengenlieferung auf Basis einer Spotmarktabrechnung
2. Vergrünung der Residualmenge per HKN
3. Handling der PV Überschussmengen des Standorts Lingen (bilanzieller Übertrag an verbrauchende Standorte)

Ein Direktvermarktungsvertrag ist durch den Kunden noch abzuschließen. Es ist ggw. geplant, diesen unabhängig von diesem Verfahren zu vergeben.

Die Vergabe erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb nach §§ 17 VgV, 82 VgV, 119 GWB.

In Verhandlungsrunden können Hinweise von Bieterseite, wie die Inhalte des Verfahrens effizienter, marktadäquater und/oder wirtschaftlicher gestaltet werden können, abgestimmt werden. Es kann im Anschluss zur erneuten Aufforderung zur Abgabe eines an die aktualisierte Leistungsbeschreibung angepassten Angebots kommen. Die Bieter werden darauf hingewiesen, wenn es sich dabei um das finale Angebot handelt.

Hinweis: Unter in den Angebotsunterlagen erläuterten Bedingungen, kann der Zuschlag ohne Verhandlungsrunde auf Basis der Erstangebote erfolgen (§ 17 Abs. 11 VgV).

2. Name und Anschrift des Antragstellers

……

……

……

……

Wir sind ein KMU – gemäß der Definition in Empfehlung 2003/361/EG der Kommission: Ja ☐, Nein ☐

Ansprechpartner: ……..

Telefon: ……..

E-Mail-Adresse: ……..

Ort: ……..

Datum: ……..

3. Einzureichende Unterlagen & Bedingungen

- ☐ Eigenerklärungen
- ☐ Letzter Geschäftsbericht oder vergleichbare Unterlage (nicht älter als 2024)
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (noch mind. 3 Monate gültig*)
- ☐ Auszug aus dem Handelsregister (nicht älter als 6 Monate*) *Stichtag: Ende d. Abgabefrist

Dem Bieter werden bereits mit Veröffentlichung des Teilnahmeantrags die Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

Eine Angebotsabgabe hat erst nach Eingang und Prüfung des Teilnahmeantrags nach Aufforderung durch die Vergabestelle zu erfolgen.

Der Teilnahmeantrag muss bis zum 14.12.2026, 12:00 Uhr eingegangen sein. Die Aufforderung zur Angebotsabgabe ergeht voraussichtlich am 11.01.2027. Die Frist zur Abgabe des Erstangebots endet vorrausichtlich am 01.02.2027.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag meinen / unseren Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge haben kann.

Eigenerklärungen

1. Eigenerklärung zur Eignung

Maßnahme: E41S/2026-13 Residualstrom PV Lingen

Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	Jahr	€

Angaben zu Leistungen, die den zu vergebenden Leistungen entsprechen:

Die anbietende Gesellschaft (nicht Konzern) hat in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die den zu vergebenden Leistungen entsprechen. **Je 1 Referenz muss dabei dem a) angebotenen Liefermodell (Spotmarkt) b) Standortübergreifende Verrechnung von PV Mengen entsprechen**

Auftraggeber	Liefermodell und –Umfang,	Ansprechpartner und Telefonnr.
Referenz 1: (Spotmarktvertrag über mind. 1.000 MWh/a)		
Referenz 2: (Standortübergreifende Verrechnung von PV-Mengen)		
Referenz 3:		

Angaben zu Arbeitskräften:

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir auf Wunsch die Zahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben. Die für die Leitung vorgesehenen Personen werde ich benennen.

☐ Ich / Wir erklären, dass keine Ausschlussgründe gem. Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 ("EU-Sanktionspaket") vorliegen

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes:

☐ Ich bin nicht zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet.

☐ Ich bin eingetragen bei: _____

Bitte die entsprechende Bescheinigung beilegen (Nicht älter als 6 Monate)

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation:	ja	nein
Über mein/unser Unternehmen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen wurde beantragt oder mangels Masse abgelehnt oder das Unternehmen ist faktisch zahlungsunfähig.	☐	☐

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt:

Ich/Wir erkläre(n), dass

☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen

☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind

☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.

☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Wunsch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen vorlegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft:

☐ ich bin/Wir sind Mitglied in der Berufsgenossenschaft.

(Bitte Unbedenklichkeitsbescheinigung - noch mindestens 3 Monate gültig - beilegen)

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

2. Erklärung Mindestlohngesetz

Erklärung zum Mindestlohngesetzes (MiloG)

Wichtiger Hinweis: Diese Erklärung erfordert zwingend die Unterzeichnung durch den Bieter und ist den der Vergabestelle zu übersendenden Angebotsunterlagen unterschrieben sowie mit Ort und Datum gekennzeichnet, beizufügen.

Fehlt die Unterschrift oder wird dieses Formblatt den Angebotsunterlagen nicht beigefügt, wird das Angebot vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

1. Ich/Wir bestätige(n), in meinem/unserem Unternehmen den Mindestlohn nach § 20 MiloG zu zahlen und alle weiteren Verpflichtungen (z. B. Aufzeichnungs- und Zusammenarbeitspflichten) nach dem MiloG einzuhalten. Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen nicht von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen ist (§ 19 Abs. 1 MiloG) und dass kein Verfahren nach § 21 MiloG i. V. m. dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten anhängig ist.

2. lch/Wir verpflichte(n) mich/uns, dem Auftraggeber auf Verlangen geeignete Nachweise zur Zahlung des Mindestlohnes in meinem/unserem Unternehmen (z. B. anonymisierte Aufzeichnungen über geleistete Stunden und Entgelte, Lohnlisten, Bestätigung des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Lohnbüros) vorzulegen.

3. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen, sie in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt, von diesen Unternehmen eine gleichlautende Verpflichtungserklärung einzuholen und diese auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen.

Diese Verpflichtung gilt nicht, soweit die Übertragung von Leistungen auf Dritte nach den Verdingungs-/Vertragsunterlagen des Auftraggebers ausgeschlossen ist.

3. Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

- Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG1 nicht vorliegen.
- Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister nach anfordern können und dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro der öffentliche Auftraggeber für die Bieterin / den Bieter, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen muss.

4. Eigenerklärung zu Nachunternehmerleistungen

Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen	Name des Unternehmens	Mein/Unser Betrieb ist auf die Leistung eingerichtet

5. Weitere Angaben zum Bieter

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber ab dem 25.10.2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen (bisher Bekanntmachung über vergebene Aufträge) die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen und mit dem Angebot, im Fall vorgelagerter Teilnahmewettbewerbe mit dem Teilnahmewettbewerb einzureichen.

Nationale Identifikationsnummer
Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z.B. DE124356789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z.B. HRA 12345). Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten "keine Angabe" eingetragen werden.1

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer:

Nummer: A

Art: ☐ Wirtschafts-Identifikationsnummer ☐ D-U-N-S-Identifikationsnummer
☐ Handelsregisternummer ☐ USt-Identifikationsnummer ☐ Andere

Größe des Wirtschaftsteilnehmers
Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- **Kleinstunternehmen**: bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz
- **Kleines Unternehmen**: bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen
- **Mittleres Unternehmen**: bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen
- **Großunternehmen**: über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz

Weitere Informationen finden Sie unter: eForms: Angabe von Unternehmensklassen (https://csx.de/L5om).

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers

☐ Kleinstunternehmen

☐ Kleines Unternehmen

☐ Mittleres Unternehmen

☐ Großunternehmen

Nationalität des Eigentümers

Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.

Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des(der) wirtschaftlichen Eigentümer(s) des Gewinners, laut Eintrag in dem(den) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z. B bei Nicht-EU-Auftragnehmern), Informationen aus anderen Quellen.2

Weitere Informationen finden Sie unter: eForms: Angabe der Nationalität der Eigentümer obsiegender Bieter wird pflichtig (https://csx.de/5ej5)

Angaben zur Nationalität des Eigentümers

Das Unternehmen ist börsennotiert: ☐ Ja ☐ Nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit(en):_____

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot gilt diese vom Bewerber bzw. Bieter als unterschrieben. Sofern in Ausnahmefällen die Abgabe in Schriftform zugelassen wird, ist die Eigenerklärung zu unterschreiben.

[1] Die Hinweise wurden der deutschen eForms-Spezifikation zur Nationalität des Eigentümers entnommen